

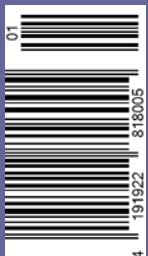
POLITISCHE JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG BILDUNG

1 | 19



GESELLSCHAFTS- DIAGNOSEN

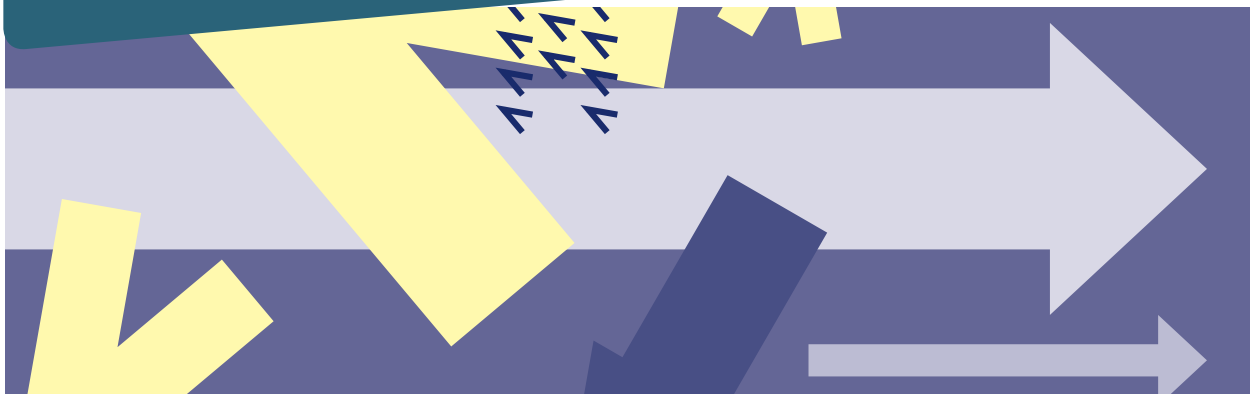
Deutschland: € 18,00, Österreich: € 19,60, Schweiz: sFr 23,80



Vierteljahresschrift | 9. Jahrgang | Frühjahr 2019 | D 22350

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.

 **WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



Unsere „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) entsteht am Kreuzungspunkt kultureller, ökonomischer und technologischer Wandlungsprozesse und ist durchzogen von Prozessen der Vereinzelung. Dabei handelt es sich um mehr als um eine Individualisierung, wie sie Ulrich Beck bereits 1986 in seinem Werk „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“ diagnostizierte. Demnach bedeutet Individualisierung eine Freisetzung von Individuen aus sozialen Bindungen, jenseits von Klasse und Stand. Die Singularisierung geht jedoch weit darüber hinaus: Sie bezeichnet eine Gesellschaft, in der eine permanente Produktion, Rezeption und Bewertung von Einzigartigkeiten stattfindet. Sowohl in der Gesamtgesellschaft als auch in persönlichen Lebenswelten sind es diese Singularitäten, denen das Interesse gilt, während die Mechanismen des Allgemeinen verwischen, wie es Andreas Reckwitz im Eröffnungsbeitrag dieser Ausgabe des **JOURNAL** diagnostiziert und in seiner Monografie „Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne“ auch als Replik auf Ulrich Beck weiter ausgeführt hat.

Spätestens seit den 1990er Jahren befinden wir uns demnach in einer Spätmoderne, in der Besonderheit und Einzigartigkeit herausragende Rollen erhalten. In den 1970er Jahren findet in den westlichen Ländern – auch beeinflusst durch die Kulturrevolution der Zeit um 1968 (vgl. **JOURNAL** 4/18) – ein Wandel der leitenden Lebenswerte statt: Anpassung an das Allgemeine verliert an Rückhalt, Entfaltung und Verwirklichung des Selbst gewinnen an Überzeugungskraft – das Streben nach einzigartigen, subjektiv befriedigenden Identitäten im Berufsleben, in der Partnerschaft, in der Freizeit und im Konsum – eine wahre Selbstverwirklichungsrevolution!

Kultureller geht mit ökonomischem Wandel zusammen: Ein Großteil von Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit findet sich nun im Dienstleistungssektor. Dies hat Auswirkungen aufseiten des Konsums wie der Erwerbsarbeit; es findet eine neue Konsumentenrevolution statt, die weniger auf Massenkonsum von Standardgütern setzt als auf symbolische Güter, Erlebnisse, Dienste und mediale Formate in großer Differenziertheit. Die Entindustrialisierung fördert die Expansion der Wissensökonomie für Hochqualifizierte, eine hochgradig subjektivierte Arbeit im permanenten Wettbewerb um Höchstleistungen: Eine liberalisierte Ökonomie, die nicht nach dem Durchschnitt strebt, sondern nach Exzellenz; die nicht nur Einkommen, sondern auch persönliche Befriedigung verspricht.

Die dritte Größe, der laut Reckwitz den Wandel von der Gesellschaft der Gleichen zur Gesellschaft der Singularitäten vorantreibt, ist die digitale Revolution. Die Technik der Industriegesellschaft wirkte standardisierend, die digitale Technologie der Spätmoderne wirkt in mehreren Hinsichten singularisierend. Im Internet findet ein Wettbewerb um Aufmerksamkeit statt, in dem nur Differenz heraussticht, die digitale Welt ist auf das Individuum zugeschnitten. An die Stelle der allgemeinen medialen Öffentlichkeit treten partikulare Communities, die sich jeweils selbst bestätigen. Das verstärkt die Herausforderung des liberalen politischen Systems, auch durch Populismus. Seine Attraktivität gewinnt dieser aus der neuen Spaltungslinie, die zwischen kosmopolitisch orientierten „Liberalisierungsgewinnern“ und traditionalistisch eingestellten „Liberalisierungsverlierern“ verläuft. Insbesondere diejenigen, die sich als Verlierer der oben beschriebenen Veränderungen sehen und einen ökonomischen und/oder einen kulturellen Verlust fürchten, werden von ihm angesprochen.

Gesellschaftsdiagnosen haben Konjunktur und bestimmen den gesellschaftlichen und politischen Diskurs teilweise maßgeblich mit. Diese Ausgabe des **JOURNAL** benennt gängige Standortbestimmungen, bringt sie mit Phänomenen wie Digitalisierung, Ökonomie und Populismus in Verbindung und versucht, diese für die politische Bildung urbar zu machen.

Alle Mitarbeiter/-innen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom **JOURNAL** als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zum kommenden Themenschwerpunkt sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Veranstaltungen, Initiativen, Projekte, Publikationen u. a. Dabei ist der kommende Redaktionsschluss der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Die **JOURNAL**-Redaktion

Benno Hafenegger, Ole Jantschek, Felix Münch (verantwortlich), Susanne Offen, Jette Stockhausen, Jana Trumann, Klaus Waldmann, Benedikt Widmaier, Alexander Wohnig

Kontakt: journal@wochenschau-verlag.de

Inhalt

MitDenken

- 4 Ernst Dieter Rossmann
**Die Volkshochschulen, 1919 und 1945
und die Stärkung der Demokratie**

SchwerPunkt

Gesellschaftsdiagnosen

- 12 Andreas Reckwitz
Die Gesellschaft der Singularitäten
- 18 Martin Altmeyer
Das exzentrische Selbst
Eine Zeitdiagnose der digitalen Moderne
- 24 Dirk Jörke, Veith Selk
**Postdemokratischer Liberalismus
vs. Rechtspopulismus**
- 28 Klaus Dörre
**Auf der Suche nach dem wahren
Kern der *deep story***
Rechtspopulismus bei Lohnabhängigen als
Herausforderung für die politische Bildung
- 36 Roland Roth
**Der Kampf um das neue Gesicht
der Demokratie**
Bildung für eine demokratische Gesellschaft
in turbulenten Zeiten
- 42 Joanna Mechnich, Daniela Kallinich
Digitalisierung und Demokratie
Eine Momentaufnahme

ZeitZeugen

- 48 Ursula Münch
**Akademie zwischen Fachwissenschaft
und politischer Bildung**

BildungsPraxis

- 52 Alexander Wohnig
Gesellschaftsdiagnosen in der Praxis
Konzeptwerk Neue Ökonomie:
Herrschaftskritische Gesellschaftsdiagnosen



MitDenken

- 4 **100 Jahre Volkshochschulen**
„Volkshochschulen sind Kinder der Demokratie, und Kinder verteidigen ihre Eltern“, konstatiert Ernst Dieter Rossmann, Vorsitzender des Deutschen Volkshochschul-Verbandes.



SchwerPunkt

- 12 **Die Welt als Performance**
Digitale Medien vermitteln dem Subjekt, dass es beständig auf seine individuelle Performance ankommt. Führt diese Singularisierung des Einzelnen zu gesellschaftlicher Polarisierung?



SchwerPunkt

- 18 **Auf der Suche nach Resonanz**
Noch mit jedem historisch neu auftauchenden Medium kam angeblich das Böse in die Welt, stets drohte der kulturelle Weltuntergang. Martin Altmeyer plädiert für „Abrüstung im zeitdiagnostischen Katastrophendiskurs“.



Schwerpunkt

- 36 Proteste, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen!**
Wie kann heute Bildung für eine demokratische Gesellschaft aussehen? Roland Roth entwirft in seinem Beitrag alternative Szenarien zu den Zerfallserscheinungen des repräsentativen Demokratiemodells



BildungsPraxis

- 52 „Krise“ – Diagnose – Handeln**
Seit jeher sind pädagogische und didaktische Konzepte, bildungspraktische Methoden und Seminargestaltungen auf gesellschaftliche Entwicklungen bezogen worden. Die Rubrik zeigt aktuelle Beispiele für die politisch-bildnerische Praxis auf.



ÜberGrenzen

- 72 Wahl-O-Mat goes Europe**
Zur Europawahl am 26. Mai vernetzt sich der Wahl-O-Mat mit Wahltools in ganz Europa zu VoteMatchEurope. Im Interview mit dem **JOURNAL** berichtet Pamela Brandt, wo die Herausforderungen liegen.

1/2019

Bildungsstätte Anne Frank:

Antisemitismus und Rassismus als gesamtgesellschaftliche Phänomene

Bildungsstätte Alte Schule Anspach:

Internet zwischen Freiraum und Panoptikum

VorGänge

- 60** Das Grundgesetz als Magazin / Johannes-Albers-Bildungsforum / 70 Jahre Grundgesetz – Informationen und Materialien / 20.
JIM-Studie – Medienforschung für die Praxis / ZGV: Digitalisierung und Nachhaltigkeit

LeseZeichen

- 64** Gibt es demokratiefördernde Gefühle? / Geschlecht und Sexualität jenseits normativer Vorgaben / Jugend im Bann von PEGIDA?

ÜberGrenzen

- 72** Pamela Brandt
Gemeinsam für Europa
Der Wahl-O-Mat als internationales Kooperationsprojekt zur Europawahl

AusBlick

- 76** Haus Neuland: Jugend, Medien, Partizipation / IDA: Neue Angebote und Messenger-Dienst / et: „Diversity rules!“ / Personen & Organisationen / Veranstaltungen



Plakat von
Herbert Sandberg,
1958



© dpa - Report

Arabischkurs in einer
Volkshochschule in Berlin 1958



Teilnehmeransturm in den späten 1940er Jahren in Dresden



Die Volkshochschulen, 1919 und 1949 und die Stärkung von Demokratie

Das 100-jährige Jubiläum der deutschen Volkshochschulen verbindet sich mit 100 Jahren Weimarer Verfassung und 70 Jahren Grundgesetz. Die Demokratie und die Volkshochschule stehen in einer besonderen Beziehung zueinander. Demokratie muss immer wieder neu erlernt werden. Zu diesem Auftrag stehen die Volkshochschulen. Ihre politische Bildung lebt und wirkt über „Aufklärung ohne Phrasen“.

Die Volkshochschulen dürfen sich feiern

Für den Autor dieser Zeilen als Vorsitzenden des *Deutschen Volkshochschulverbandes*, der in diesem Februar mit einem Festakt in der Frankfurter Pauskirche den staatlich-formellen Beginn von 100 Jahren Volkshochschule in Deutschland feiern durfte, kann dies kein wissenschaftlicher Beitrag sein; diesen zu schreiben, dazu sind andere berufen. Dazu gibt es bedeutende Standardwerke. Und das würde der Freude und dem Stolz, den die deutschen Volkshochschulen als der ältesten und größten Institution der freien Erwachsenenbildung in Deutschland mit allem Recht für ihre große Leistung empfinden dürfen, auch nicht gerecht.

895 Volkshochschulen mit 2 883 Außenstellen bundesweit, von der größten in München bis zur kleinsten auf Helgoland, 683 300 Veranstaltungen mit 8 880 000 Teilnehmenden und 18 250 000 Unterrichtsstunden weist die VHS-Statistik des *Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung* für das Jahr 2017 aus. Erbracht wird diese imponierende Leistung durch 188 000 Lehraufträge und 8 600 hauptamtliche Kräfte in Programmplanung und Verwaltung und 668 Leitungskräfte. Diese Zahlen sprechen für sich. Sie stehen für das dichte und in jeder Region Deutschlands erreichbare Netz an Angeboten der Erwachsenenbildung für alle in den sechs zentralen Programmbereichen Gesundheit, Sprachen, Kultur – Gestalten, Politik – Gesellschaft – Umwelt, Arbeit – Beruf und Grundbildung – Schulabschlüsse.

Die hohe Präsenz der Volkshochschulen in den Kommunen spiegelt sich wider in dem sehr großen Bekanntheitsgrad der Volkshochschulen in der Bevölkerung sowie in der ausgesprochen positiven Bewertung von deren Arbeit durch die



© Susie Knoll

Dr. **Ernst Dieter Rossmann**,
MdB, Dipl. Psychologe, Doktor der
Sportwissenschaft; Stadtrat, dann
Kulturdezernent, Mitglied des
Landtages von Schleswig-Holstein,
Mitglied des Bundestages seit
1998, Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Forschung und Technik-
folgenabschätzung; Vorsitzender
des Deutschen Volkshochschul-
Verbandes seit 2007.

Teilnehmenden und der weit verbreiteten Bereitschaft, sich an einer Volkshochschule bei Bedarf, Interesse und Gelegenheit einzuschreiben. Letzteres Potenzial ist allerdings bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Hieran wird gerade bei der nachwachsenden Generation konzentriert zu arbeiten sein.

Volkshochschulen als Kinder und Verteidiger der Demokratie

Die große Freiheitstradition und historische Bildungsbewegung, auf die sich die Volkshochschulen gründen, wird dabei den Millionen an jetzigen Teilnehmenden nicht immer bewusst sein. Sie muss es nicht. Wer sich aber auf die Quellensuche nach wichtigen Ursprüngen von Demokratie in Deutschland machen will, kann an den Volkshochschulen nicht vorbeigehen. Und wer die Demokratie als eine anspruchsvolle Staats- und Lebensform, die immer wieder neu erlernt und erlebt werden muss, auch für die Zukunft gesichert wissen will und hierzu stabile Bausteine setzen möchte, darf es nicht.

Das Verhältnis von Volkshochschulen und Demokratie lässt sich auf einfache Art ansprechen. Volkshochschulen sind „Kin-



Rund 600 geladene Gäste aus Politik, Bildung und Zivilgesellschaft nahmen am Festakt zum Jubiläum „100 Jahre vhs“ in der Frankfurter Paulskirche teil.

der der Demokratie“, und Kinder verteidigen ihre Eltern. Auf anspruchsvollste Art ist dieses Verhältnis von Volkshochschulen und dem Bildungsgeist, den Demokratie braucht, aus Anlass des Festaktes „100 Jahre Volkshochschule“ durch den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Voßkuhle, dokumentiert worden. Er hat es sich nicht nehmen lassen, für diese höchst geachtete Institution und auch als Person selbst ein tief begründetes Bekenntnis zu den Volkshochschulen abzugeben aus dem *status activus* des kritischen, informierten, neugierigen Staatsbürgers, wie ihn das Grundgesetz will. Er hat gleichzeitig eine Brücke zu einer gesellschaftskritischen und Bildung durchdringenden Theorie gebaut, die von Präsidenten des höchsten deutschen Gerichtes in den vergangenen Jahrzehnten so nicht erkennbar betreten wurde, indem er sich u. a. auf einen Beitrag berufen hat, den Theodor Adorno, Nestor der Kritischen Theorie aus der Frankfurter Schule, als Hommage an die Volkshochschulen aus Anlass von deren erstem bundesweiten Volkshochschultag 1956 in der Wochenzeitung *Die Zeit* geschrieben hat. Andreas Voßkuhle hat in bemerkenswerter Weise eine Spur aufgenommen, die über Tagesnotwendigkeiten hinausführt und Volkshochschulen und politische Bildung für die Zukunft weiterführen kann.

„Aufklärung ohne Phrasen“

Adorno plädiert, die Erwachsenenbildung „kann und soll nicht die Lücken ausfüllen, sondern ohne historische und institutionelle Vorbehalte der Situation sich bewusst werden. Mit anderen Worten, ihre Funktion ist die Aufklärung“ – und zwar als „Aufklärung ohne Phrasen“. Adorno brachte die Volkshochschulen und das Potenzial, das er in der freien Erwachsenenbildung in Abgrenzung zu abgelebten und bis in die Universitäten hinein entlarvten Bildungsideen sah, positiv in Stellung – aus Gründen, die wieder neue Aktualität gewinnen. Adorno wollte die Men-

schen stützen, „denen das Grauen vom Nationalsozialismus ins Innerste gedungen ist“ und die befähigt waren, „zwischen den Formen der politischen Demokratie und dem tatsächlichen Bewusstseinsstand der Bevölkerung zu vermitteln“. Das war sieben Jahre nach dem zweiten Gründungsjahr einer Demokratie in Deutschland 1949 immer noch – und für die bleierne Zeit des Adenauer-Staates wohl erst recht – ein Auftrag für die Volkshochschulen. Dieser Auftrag belebt sich aktuell mit hoher Priorität gegen das Aufkommen von Rechtspopulismus, Nationalismus und Rassismus.

AUFKLÄRUNG UND BEFÄHIGUNG ZU VERNUNFT UND MÜNDIGKEIT

Aufklärung und Befähigung zu Vernunft und Mündigkeit gehören zum humanistischen Auftrag der Volkshochschulen in Deutschland seit ihrer Gründung. Das war auch nicht anders gewesen vor der Folie erbärmlich gescheiterter kaiserlich-absolutistischer Glorie 30 Jahre zuvor, im Gründungsjahr der ersten deutschen Demokratie 1919. Nur dass diese so hoffnungsvoll, fast revolutionär geborene Demokratie grausam scheitern sollte. Und die zweite aus der Befreiung vom schmachvollen Nazi-deutschland geborene jetzt ihr 70-jähriges Bestehen feiern kann.

Die Weimarer Verfassung von 1919

Angesichts all der kryptischen Verfassungskünste, die die Gegenwart im Drehseln am Grundgesetz hervorbringt, ist der Artikel 148 Absatz 4 der Weimarer Reichsverfassung ein klarer, geradezu wuchtiger Satz: „Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden“. Darin waren gleichgerichtete Grundgedanken aus durchaus unterschiedlichen Klassenlinien der kaiserlichen vordemokratischen Gesellschaft zusammengeflo-

sen. 1866 fand die Erwachsenenbildung auf der Chemnitzer Gründungsversammlung der Sächsischen Volkspartei Eingang in deren Programm, indem dort die „Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der Volksschule Entwachsenen“ beschlossen wurde. Im Jahr der Reichsgründung von 1871 suchten die liberalen Bildungsvereine einen ersten größeren Zusammenschluss in der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“.

Die Verfassungsnorm von 1919 wurde durch Persönlichkeiten, die schon in vordemokratischen Jahren in politischen, gewerkschaftlichen und religiösen Bildungskreisen gewirkt hatten, mit Kompetenz, Erfahrung und einem Momentum von List und Glück durchgesetzt. Die Vitae der Protagonisten spricht für sich: Konrad Beyerle, Katholik, Rechtshistoriker, Politiker der Bayrischen Volkspartei und Zentrumsabgeordneter in der Nationalversammlung, Hugo Sinzheimer, jüdischer Arbeitsrechtler, Sozialdemokrat, und Max Ernst Quarck, Protestant, Redakteur, Stadtpolitiker, Sozialdemokrat. Solche Allianzen können wir uns auch heute nur wünschen. Wir brauchen sie.

WO GRÖßTE NOT HERRSCHT, LEIDET AUCH DIE IDEE DER RES PUBLICA AN MAGERSUCHT

Die Gründung von 128 Volkshochschulen allein im Jahr 1919 ließ deren Anzahl bis 1922 auf über 800 anwachsen, um zum Ende der Weimarer Jahre wieder auf rund 200 abzufallen. Der Verfassungsauftrag zur gemeinsamen Förderung von Reich, den Ländern und den Gemeinden konnte nicht eingehalten werden. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Finanzverfall setzten nicht nur einzelnen Menschen, sondern vor allen Dingen auch der Leistungsfähigkeit der Kommunen zu. Die Prioritäten verengten sich. Politische Spaltungen bis hin zu Gewalt ließen keinen Raum mehr für eine übergreifende Erwachsenenbildung.

Deshalb darf es nicht wieder dahin kommen, dass die Menschen sozial zu schwach und unsicher und die geistigen und politischen Dogmen zu radikal werden, um im gemeinschaftlichen Lernen politische Verhältnisse und ihre Veränderungen noch verstehen und gestalten zu wollen. Wo größte Not herrscht, leidet auch die Idee der *res publica* allzu schnell an Magersucht. Die Kommunen müssen finanziell und in ihrer Bildungsinfrastruktur so stark gehalten werden, dass sie diesem politischen Bildungsauftrag der Volkshochschulen eine kompetente Form geben und allen Interessierten ein zugängliches Forum bereitstellen können. Bund und Länder dürfen sie dabei nicht allein lassen.

Das Grundgesetz von 1949

Die zweite große Gründungswelle an Volkshochschulen in Deutschland begann unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als Akt von zivilgesellschaftlicher Initiative, Freiheit und Souveränität in der Wiederbelebung und Neugründung von Volkshochschulen durch demokratisch geprägte Erwachsenenbildner/-innen.

Stimuliert wurde sie auch durch die unterschiedlichen Interessen der Alliierten im aufgeteilten Deutschland. Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung legte 1946 gesetzliche Grundlagen für eine neue Erwachsenenbildung mit „sozialistischen“ Aufgaben in der SBZ/DDR. Der Alliierte Kontrollrat der Westmächte veröffentlichte ein Jahr später „Grundlegende Richtlinien für Erwachsenenbildung in Deutschland“ mit dem Ziel, tätige Helfer für die demokratische Erziehung in Deutschland heranzubilden.

Das Grundgesetz von 1949 enthält anders als die Weimarer Reichsverfassung keine expliziten Paragraphen zur Bildung oder gar eine direkte Erwähnung der Volkshochschulen. Nur das Schulwesen wird in seinem Grundrechtsgehalt zwischen Staat, Familie und religiösem Bekenntnis ausgemessen. Die Weiter-



Peter Feldmann, Oberbürgermeister von Frankfurt/M., Ernst Dieter Rossmann MdB, Annegret Kramp-Karrenbauer, Präsidentin des DVV, und Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts (v.l.n.r.)

bildung als gleichberechtigter Teil des deutschen Bildungswesens findet seine Unterstützung stattdessen in einigen Länderverfassungen bzw. in fast allen Ländern in Landesgesetzen. Die grundgesetzliche Zurückhaltung wird auch erklärt als Reaktion auf leidvoll erfahrenen zentralstaatlichen Missbrauch zur Indoktrination. Ein gesamtstaatlich definierter politischer Bildungsauftrag an die Erwachsenenbildung und an die Volkshochschulen passte auch nicht zur erstarkten Identität der Länder. Das trägt nach bis heute. Wir dürfen konstatieren: Die Reichsverfassung mit dem expliziten Gebot der Zusammenarbeit von Reich, Ländern und Gemeinden für die Volkshochschulen hat letztlich nicht so erfolgreich gewirkt, wie das Grundgesetz mit seiner expliziten Verweigerung gegenüber den Volkshochschulen jetzt über 70 Jahre hinweg doch zu einem stabilen, wenn auch noch ausbaufähigen Netz an kommunaler Erwachsenenbildung in öffentlicher Verantwortung geführt hat.

Politische Bildung braucht das Bekenntnis zur Politik

Für die Nachhaltigkeit der politischen Bildung bringt nicht nur hoch erregte Politisierung entscheidende Jahre mit sich. Gesellschaftliche Protestbewegungen und Generationenkämpfe haben in 70 Jahren Bundesrepublik auch die Volkshochschulen in ihren Bann geschlagen und als Hotspots der Bürgerdiskussion belebt – von der Wiederbewaffnung über die Notstands-



Ernst Dieter Rossmann im Interview in der Frankfurter Paulskirche

gesetzgebung, die Spannungs- und Friedenspolitik und die antiautoritäre Studentenbewegung bis hin zur Anti-Atomkraft, Nachrüstung, Ökologie-Diskussion, Migration und Willkommenskultur. Der Auftrag der Volkshochschulen zur politischen Bildung ist in solchen Zeiten selbstredend und für manche schon wieder trivial. Entscheidend bleiben die Tragfähigkeit der Strukturen und die Substanz der Ressourcen für neue Formen und kreative Formate der politischen Bildung in den „Biedermeier-Jahren“ mit ihren Symptomen von Ermüdung, Rückzug und Entpolitisierung. Hier sind Standfestigkeit und klare Prioritäten für den politischen Bildungsauftrag gefragt. Demokratie kennt keine Pausen, und das Erlernen von Demokratie erst recht nicht.

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

Komplexe politische Themen im einfachen Zugriff: Renommierete Experten aus Wissenschaft und Politik präsentieren fundierte und hochaktuelle Analysen auf prägnante und verständliche Weise.

Preis pro Heft € 12,80
Im Abonnement sparen Sie 20 %

WWW.POLITIKUM.ORG

**NEU
jetzt gratis
testen**

